TOSHIYUKI AIZAWA / REUTERS / ELANCE MEDIA

KOREA NEWS SERVICE / REUTERS / ELANCE MEDIA

Diktator Kim, Militärparade in Pjöngjang: *„Größte Bedrohung für die atomare Abrüstung“*

ATOMSCHMUGGEL

Die Nordkorea-Connection

Ein ehemaliger nordkoreanischer Diplomat soll der Hintermann eines Aufsehen erregenden Falls von Atomschmuggel gewesen sein, über den das Stuttgarter Landgericht verhandeln wird. Der Koreaner arbeitete einst in Wien – bei der Internationalen Atomenergiebehörde.

Herr Yun, ja, der Dr. Yun aus Nordkorea, sicher erinnern sie sich in Wien noch an den. Der Mann war schließlich 14 Jahre bei der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) und für einen Diplomaten aus dem Stalinisten-Staat recht umgänglich. Schlenderte über die Flure des Uno-Gebäudes, scherzte, plauderte mit den Sekretärinnen. Nur wenn es um die Amerikaner ging, verstand er keinen Spaß. Da bebte er vor Zorn und erzählte vom Korea-Krieg: „Viele meiner Verwandten sind damals gestorben, obwohl sie noch Kinder waren.“

Eigentlich war Dr. Yun nur der zweite Mann der Ständigen Vertretung Nordkoreas bei der IAEA. Aber seltsamerweise legte er stets einen solchen Auftritt hin, als wäre er der erste: derjenige, an den man sich wenden musste, wenn sich Nordkorea mal wieder mit den Wächtern des Atomwaffensperrvertrags anlegte. Der Dr. Yun, der mit der „Washington Post“ reden und dem SPIEGEL 1994 ein Interview geben durfte: „Wir haben ein reines Gewissen“, traute sich Yun damals zu sagen. „Unser Land hat weder die Absicht noch die Möglichkeiten, eine Atomwaffe herzustellen.“

Was macht der eigentlich jetzt, der Dr. Yun, haben sie sich in den vergangenen Monaten in Wien gefragt, als sich der Konflikt um Nordkoreas atomare Ambitionen dramatisch hochschaukelte? Und: Warum eigentlich schickt der Diktator Kim Yong Il in diesen Zeiten nicht noch einmal seinen erfahrenen Unterhändler?

Seit ein paar Wochen kennen die Spitzenfunktionäre der IAEA die Antwort: Yun Ho Jin, 58, wird wohl nie wieder zurückkommen. Ihr einstiger Kollege steht im Verdacht, auf so dreiste Weise gegen den Komment der Atomaufseher verstoßen zu haben, wie man es nicht einmal den Nordkoreanern zutrauen wollte.

Der nette Herr Yun soll Hintermann und Anstifter eines Nuklearschmuggels gewesen sein, dessen strafrechtliche Würdigung ab dem 15. Oktober dem Stuttgarter Landgericht zukommt. Hauptangeklagter ist ein alter Bekannter Yuns, der baden-württembergische Unternehmer Hans Werner Truppel, 58. Der sollte ihm Röhren mit einer speziellen Aluminiumlegierung beschaffen, Typ 6061-T 6, hochfest und extrem korrosionsbeständig. Auf den Millimeter exakt gearbeitet mussten die Stangen sein, darauf hatte Yun bestanden.

Die Teile, davon sind Staatsanwaltschaft und Regierung überzeugt, waren wie geschaffen für den Bau von Gasultrazentrifugen, Hightech-Apparaturen, in denen sich Uran zum Bombenstoff anreichern lässt.

HASENPUSCH

Nordkoreanischer Diplomat Yun (r.), Containerschiff „Ville de Virgo“: *Vom Nuklearkontrolleur zum Atomschmuggler?*

DIGITALGLOBE / AFP

Nordkoreanischer Reaktor in Taechon: *Auf beiden Wegen zur Atomwaffe?*

Die 214 Stangen von Yuns Bestellzettel waren am 3. April im Hamburger Freihafen auf den unter französischer Flagge fahrenden Containerfrachter „Ville de Virgo“ verladen worden; als die Bundesregierung davon erfuhr, ersuchte sie das Pariser Verkehrsministerium, das Schiff sofort zu stoppen. Frankreich war behilflich. Vor der Passage durch den Suez-Kanal, im ägyptischen Hafen Damietta, wurde der Container mit der Frachtnummer 4039605 von Bord gehievt (SPIEGEL 28/2003).

Ein entscheidendes Beweisstück in dem Prozess ist ein Gutachten der Urenco, von der die einzige deutsche Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau betrieben wird. Die Experten haben die Alu-Stücke untersucht: 22,127 Tonnen, eingeschlagen in Wellpappe. Ihre Rechnung: Aus jeder Stange lässt sich eine Zentrifugenhülle machen. 214 Stück hätten für eine Anlage gereicht, mit der sich in zwei Jahren zehn Kilogramm Uran zum bombentauglichen Stoff anreichern lassen. Für Yun war die erste Ladung nur eine „Probelieferung“, gewünscht waren 200 Tonnen: Je mehr Zentrifugen zur Verfügung stehen, desto schneller gewinnt man den Bombenstoff. Mit 200 Tonnen Aluminium, sagt die Urenco, wären die zehn Kilo innerhalb von zehn Wochen produziert.

Der „Nuklearexperte“ (Staatsanwaltschaft) Yun wird nicht auf der Anklagebank sitzen, die Ermittler wissen nicht einmal, wo er steckt. Die Post, die er Truppel schickte, kam jedenfalls aus der trostlosen nordkoreanischen Kapitale Pjöngjang, später aus dem Apartment 4A-2-207 im Pekinger Atlantic Place, einer Wohnanlage in einem der besseren Stadtbezirke. In den Garagen parken Geländewagen und teure Audi-Limousinen.

Nicht einmal einen Haftbefehl hat die Justiz gegen Yun erlassen. Sie zweifelt daran, jemanden wie ihn erwischen zu können – und wenn, würde er wohl einen Diplomatenpass aus der Tasche ziehen. Aber die Ermittler haben ja Truppel. Und so hart soll es ihn treffen, als wollte die Justiz, die in der Vergangenheit die Krämer des Todes zu oft billig wie Verkehrssünder davonkommen ließ, jetzt gnadenlose Härte demonstrieren.

Gewerbsmäßiger Verstoß gegen das Außenwirtschaftsgesetz und „versuchte Förderung der Herstellung einer Atomwaffe“ werden dem Diplomingenieur und gelernten Feinmechaniker vorgeworfen; das Auswärtige Amt (AA) hat ihn gleichsam zu einem schweren Störfall für die auswärtigen Beziehungen erklärt. Die „Glaubwürdigkeit“ der Republik, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern, wäre, falls sich die Vorwürfe bewahrheiteten, untergraben worden. Doppelt schwer wiege der Fall, so die Diplomaten, weil man bei Diktator Kim Yong Il mit allem rechnen müsse – auch mit dem „Einsatz von Kernwaffen im Konfliktfall“.

In Berlin kennen sie die unschönen Schlagzeilen nur zu gut, die die Geschichte in Fernost und den USA schon gemacht hat. Einen der „ehrgeizigsten Versuche Nordkoreas, an Material für den Bau von Atomwaffen zu gelangen“, nannte die „Washington Post“ den Vorgang. Und im AA fürchten sie die vielen Berichte, die noch folgen werden, wenn im Stuttgarter Justizgebäude ein Gutachter der Wiener Atomenergiebehörde, ein Sachverständiger des Bundesnachrichtendienstes (BND) und ein Diplomat aus eigenem Haus aussagen müssen. Und das alles geschieht, während die USA mit den Unterhändlern des Diktators Kim um die Bewältigung der „derzeit größten Bedrohung für die atomare Abrüstung“ (IAEA-Chef Mohammed al-Baradei) ringen.

Die südkoreanische Regierung, in Schussweite der Brüder im Norden, will nicht bis zum Prozessbeginn warten: Angesichts der „direkten Bedrohung der Sicherheit der Republik Korea“ drängen die Diplomaten die Ermittler, ihnen die Akten zu öffnen. Die deutsche Spur könnte den Expertenstreit lösen helfen, auf welchen Wegen Kim nach der Bombe greift. Dass er Plutonium aus seinem Reaktor in Yongbyon abzweigen kann, ist bekannt.

Aber geht Kim auch den zweiten Weg, den Bau der Uranbombe, für den sich ein Zentrifugenprogramm anbietet? Ja, sagt die CIA, die Pakistaner hätten Baupläne und Prototypen geliefert. Eher nein, sagt der BND. „Um ehrlich zu sein, wissen wir es alle nicht“, sagt David Albright, ein früherer Inspektor der IAEA, der heute das Washingtoner Institut für Wissenschaft und Internationale Sicherheit leitet.

Die Geschichte von Dr. Yun und seinem Truppel ähnelt den vielen anderen Geschichten, wie sich früher der Irak, Libyen und Pakistan an den Exportvorschriften des Westens vorbeimogelten – und so für ihre Waffenprogramme zusammenklaubten, was sie selbst nicht herstellen konnten.

„Schurkenstaaten“ nennen sie die Amerikaner. Ihre Methoden ähneln sich. Scheinbar harmlose Firmen treten auf und verschwinden wieder, sobald sie in Verdacht geraten. Die Nam Chon Gang Corporation des Dr. Yun in Pjöngjang stand bis zu diesem Frühjahr noch nicht auf der schwarzen Liste des Berliner Wirtschaftsministeriums.

Die Yuns dieser Welt suchen sich gern kleine Klitschen im Westen aus, die für sie bei den großen Konzernen ordern. Unternehmer Truppel setzte im Keller seines Einfamilienhauses im schwäbischen Königsbronn Wärmebildgeräte für die Bundeswehr in Stand und vermietete der US-Armee Statisten, die in Manövern Zivilisten auf dem Schlachtfeld mimten.

Als offizielle Empfänger heißer Frachten halten renommierte Firmen her, die bei den Zollbehörden Eindruck machen sollen. Die Alu-Lieferung, das hatte Yun versichert, sei natürlich nicht für Nordkorea, sondern für den chinesischen Flugzeugbauer Shenyang Aircraft: einen 30 000-Mann-Betrieb, der für die Volksarmee

STEVE HOLLAND / AP

Amerikanisch-japanische Enterübung: *„Akt der Piraterie“*

Kampfflugzeuge montiert und mit Airbus und Boeing kooperiert hat.

Yun legte sogar eine nach seinen Angaben von Shenyang stammende Bestätigung vor. Mit Unterschrift und Siegel wurde versichert, dass die Niederlassung im chinesischen Dandong auf das Metall warte, um daraus Gastanks herzustellen.

Alles Unsinn, sagt die Staatsanwaltschaft, und die US-Behörden haben sie in diesem Urteil bestärkt. Die Shenyang-Filiale in Dandong, wo nur noch ein Fluss China von Nordkorea trennt, habe bereits früher als Tarnung für „Umgehungslieferungen“ gedient.

Zwei Millionen Euro Kaution, sein gesamtes Vermögen, hat Truppel der Justiz angeboten, um nach monatelanger Untersuchungshaft nach Hause zu dürfen – abgelehnt. Dabei hat er schon viel erzählt von Yun, den er Ende der achtziger Jahre in Wien kennen lernte und der sich vor drei Jahren wieder bei ihm meldete.

Die Geschäfte liefen glänzend, Yun war ein Anhänger von „Made in Germany“: Pumpen, Gasmasken, Messuhren, Generatoren – 1,3 Millionen Euro Umsatz, schätzt Truppel, brachte ihm die wieder aufgefrischte Bekanntschaft ein. Und alles ganz legal, mit Stempel der deutschen Zöllner. Merkwürdig waren nur Yuns Briefe, die manchmal so anfingen: „Ich will bestimmte Angelegenheiten mit Ihnen nur per Post und nicht telefonisch besprechen. Das ist so, weil Briefe in gewisser Hinsicht verlässlicher sind.“

Dienten also die früheren Geschäfte nur der Vorbereitung auf den einen, den illegalen Deal? Im Frühjahr 2002 orderte Yun das Aluminium 6061-T 6. Daraus lassen sich Fahrradrahmen oder Flugzeugteile formen, aber das Material ist wegen seiner extremen Korrosionsbeständigkeit auch bestens für den Zentrifugenbau geeignet. Die von Yun vorgegebenen Maße entsprachen jedenfalls den Designmerkmalen der Urenco in den siebziger Jahren. Was die Amerikaner als weiteren Beleg dafür nehmen, dass Pakistan Nordkorea geholfen hat. Ein pakistanischer Atomwissenschaftler klaute 1975 die Blaupausen der Urenco.

Truppel wollte liefern, hängte sich ans Telefon und wurde bei der Jakob Bek GmbH in Ulm fündig, einer Tochterfirma des ThyssenKrupp-Konzerns. Die orderte die Rohre bei der British Aluminium Tubes. Yun wurde informiert, kurz feilschte Truppel mit ihm über den Preis. Man einigte sich auf 3,83 Euro pro Kilo. Im September des vergangenen Jahres meldete Truppel beim Hauptzollamt Ulm die Ausfuhr an. Als Empfänger stand die Nam Chon Gang in Nordkorea auf dem Antrag.

Die Sache schien suspekt, der Verfassungsschutz warnte, der Zoll schickte drei Beamte zu Truppel. Der erzählte freimütig von seinem Geschäftsfreund Yun und verstand die ganze Aufregung nicht: Es gehe doch nur um Aluminium. Die Beamten verhängten ein vorläufiges Ausfuhrverbot, Truppel sollte sich beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) um eine Genehmigung bemühen.

Die Behörde ist das Bollwerk, mit dem die Regierung die Exportnation Deutschland vor den schlimmsten Fehltritten schützen will. Was verdächtig erscheint, wird hier überprüft, von Geheimdiensten bewertet und der Regierung gemeldet.

Gastanks für chinesische Flugzeuge, daran glaubten die Sachverständigen im Bafa keine Sekunde. Truppel wurde gewarnt, schriftlich, unmissverständlich. Die Sache sei technisch nicht plausibel, das Ganze rieche nach einer Lieferung für das „nordkoreanische Atomprogramm“. Wehe, wenn er dennoch liefere.

Schnell und hart reagiert, freuten sich die Beamten, Sache erledigt. So sah der Fall im Februar aus – bis das Kanzleramt erfuhr, dass die Fracht auf der „Ville de Virgo“ in Richtung Asien unterwegs war.

Es sei Truppel gewesen, sagt die Staatsanwaltschaft, der sich skrupellos und vorsätzlich über das Ausfuhrverbot hinweggesetzt habe. Hat also der schwäbische Unternehmer, der bis dahin keinen Versuch gemacht hatte, die Zollbehörden über seine Nordkorea-Connection zu täuschen, entschieden, den gefährlichen Deal dennoch durchzuziehen? Ein 87 000-Euro-Geschäft, an dem er, auch nach Berechnung der Staatsanwaltschaft, bescheidene 4000 Euro Profit gemacht hätte?

Truppel erzählt die Geschichte anders: Nach der Warnung von Amts wegen habe er die Ware dem englischen Hersteller zurückgeben wollen; der habe sie aber nicht angenommen. Dann habe sich überraschend die Delta Trading, eine Frachtfirma aus Hamburg, gemeldet und angeboten, sich um den Export zu kümmern. Tatsächlich sorgte die Delta dafür, dass der Container kurz vor dem Auslaufen der „Ville de Virgo“ noch verladen wurde.

Anfangs schien es, als interessierte sich die Staatsanwaltschaft nicht sonderlich dafür, welche Rolle die Delta spielte. Jetzt aber sollen zwei Delta-Verantwortliche, darunter der Geschäftsführer, mit auf die Anklagebank, allerdings nur wegen Beihilfe zur illegalen Ausfuhr. Die Hamburger berufen sich darauf, lediglich eine „Serviceleistung“ erbracht zu haben. Ob Truppel oder die Delta für die Ausfuhr verantwortlich ist, wird im Prozess die entscheidende Rolle spielen. Aber das Urteil in Stuttgart wird nicht die einzige Konsequenz sein.

Die Regierung prüft, wie sie das Außenwirtschaftsgesetz feinjustieren kann. Wenn man sich nicht darauf verlassen könne, dass trotz ausdrücklichen Exportverbots heiße Fracht auch wirklich hier im Land bleibe, müsse durch zusätzliche Bestimmungen die Ware an die Kette gelegt werden. Lieber so, als ständig Schiffe stoppen zu müssen, meinen die deutschen Experten.

Unternehmer Truppel
Post aus Pjöngjang

Gut und schön, sagen die Amerikaner, aber das reiche nicht. Der Vorgang „Ville de Virgo“ wird derzeit gern angeführt, wenn die Bush-Regierung für ihre Proliferation Security Initiative (PSI) wirbt. Schiffe, die verdächtige, für den Bau von Massenvernichtungswaffen geeignete Fracht transportieren, sollen geentert, Flugzeuge zur Landung gezwungen werden. Beim nächsten Mal gibt es vielleicht keinen verständnisvollen französischen Reeder, sagen die Amerikaner.

Faktisch eine Blockade und völkerrechtlich ein fragwürdiges Unterfangen. Geübt wird trotzdem schon. So wie vorvergangene Woche vor der australischen Küste, als Amerikaner und Japaner das Abfangen von Schiffen trainierten. Einer der Hauptadressaten verstand die Botschaft prompt. Pjöngjang drohte zurück: Das sei reine Piraterie und eine Provokation, die einen Atomkrieg auslösen könne.

GEORG MASCOLO